

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonparillezeile
80 Pf., Kellamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhofs 202 bis 207

Schiedsspruch einmütig abgelehnt Heute Urabstimmung in den Metallbetrieben — Reichstag beginnt 500-Millionen-Kredit abgeschlossen

Der Lohnabbauschiedsspruch für die Berliner Metallindustrie ist gestern von den Gewerkschaftsfunktionären aus den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller einstimmig abgelehnt worden. Heute wird in den Betrieben eine Urabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches durchgeführt. Das Gesamt-Abstimmungsergebnis wird noch heute abend festgestellt. Morgen, Dienstagvormittag, kommen die Obleute aus den Betrieben des BVMJ. zusammen, um auf Grund des Abstimmungsergebnisses die notwendigen Kampfmaßnahmen zu beschließen.

Bei der Firma Stod-Marienfelde ist bereits heute früh mit Zustimmung der Organisationen die Arbeit niedergelegt worden, weil die Firma den Akkordarbeitern einen Abbau der Akkordpreise bis zu 30 Proz. und den Lohnarbeitern eine Herabsetzung ihrer Löhne um 8 bis 10 Proz., also noch über den Schiedspruch des Sonder-schlichters hinaus, diktiert wollte.

Dass es einer „Mobilisation“ der Berliner Metallarbeiter durch die kommunistische Gewerkschaftsopposition nicht bedarf, zeigte die von über 3000 Funktionären aus den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller besuchte Konferenz, die das Metallkartell zu gestern vormittag nach dem Soolbau Friedrichshain einberufen hatte. Der Schiedspruch des Sonder-schlichters Dr. Böckers allein war für die Berliner Metallarbeiter Mobilisation genug. Viele Worte wurden weder von dem Vorsitzenden des Metallkartells Ulrich, der den Situationsbericht gab, noch von den Diskussionsrednern gemacht. Die Situation ist auch so klar, daß es der Worte über das Wie und Was der weiteren Entwicklung nicht bedurfte, da diese Entwicklung zwangsläufig ist.

Ulrich schilderte noch einmal kurz und sachlich den Verlauf der Verhandlungen vor dem Sonder-schlichter, über die im „Vorwärts“ bereits eingehend berichtet worden ist. Er gab dann den Schiedspruch in seinem genauen Wortlaut bekannt, der besonders hinsichtlich seiner Begründung durch den Schlichter bei den Funktionären stürmische Entrüstung auslöste. Auf der einen Seite wird in der Begründung von der

Möglichkeit der Wiedereinstellung von Arbeitslosen durch Arbeitszeitverlängerung

gesprochen, auf der anderen Seite jedoch den Parteien empfohlen, zur Vermeidung von Entlassungen in Verhandlungen über eine Verlängerung der Arbeitszeit zu treten. Bis zur Abgabe des Schiedspruches hatten die Unternehmer immer erklärt, es müßten bestimmte Neueinstellungen vorgenommen werden, wenn die Löhne und damit auch die Gestehungskosten gesenkt werden. Ueber den Schiedspruch und die anderen Unebenheiten, die in ihm enthalten sind, noch lange zu reden, habe in dieser Situation keinen Zweck.

Die Organisationen der Berliner Metallarbeiter sind der Auffassung, daß in dieser Stunde schnell und entschieden gehandelt werden müsse. Aus diesem Grunde haben die Gewerkschaften beschlossen, am Montag in den Betrieben eine Urabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches durchzuführen, um bereits

am Dienstag die notwendigen Kampfmaßnahmen ergreifen

zu können. Die Gewerkschaften wollen nicht erst bis zum 3. November warten, wie die sogenannte „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“, die bis dahin erst die Betriebe „streikreif“ machen will. Die Betriebe brauchen nicht erst streikreif gemacht zu werden, denn sie sind es bereits.

Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hat, um ein klares Stimmungsbild zu bekommen, von den statuarischen Bestimmungen über die Einleitung eines Kampfes Abstand genommen, die eine Abstimmung nur unter den Mitgliedern der Gewerkschaften vorsehen. An der Abstimmung sollen sich alle Metallarbeiter und -arbeiterinnen, ganz gleich, ob sie organisiert oder unorganisiert sind, beteiligen. Die Urabstimmung vorzunehmen, sei um deswillen notwendig, damit später niemand kommen und sagen kann, er sei um seine Meinung nicht befragt worden.

In der Diskussion, an der sich ein Redner beteiligte, kam einmütig der Kampfwille der Berliner Metallarbeiter zum Ausdruck, die sich bemüht sind, daß der Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie nur

der Anfang der großen Lohnabbauoffensive in Deutschland sein soll. Die wenigen Redner der kommunistischen Gewerkschafts-„opposition“, die mit ihrem Kampfausschuss und ähnlichen Parolen



Die Sonntagsdemonstration gegen den Faschismus

namen, verfielen dem Gelächter der erdrückenden Mehrheit der Funktionäre.

Ulrich betonte in seinem Schlußwort unter stürmischer Zustimmung der Funktionäre, daß es für den kommenden Kampf in der Berliner Metallindustrie nur einen Kampfausschuss, den Funktionärskörper und das Metallkartell, gebe und Nebenorganisationen nicht geduldet werden.

Vor dem sofortigen Streikbeschluss der Funktionäre, der statuarisch auch nicht zulässig sei, warnte Ulrich aus den eingangs erwähnten Gründen. Die Funktionäre bekommen am Dienstag früh die notwendigen Informationen. Das Informationsorgan in diesem Kampfe sei aber nicht die „Rote Fahne“, die die Gewerkschaften täglich beschimpfe und verleumde.

Das Informationsorgan in diesem Kampfe ist der „Vorwärts“.

der die Bewegung der Metallarbeiter bisher in muster-gültiger Weise unterstützt hat. Die Abstimmung der Funktionäre muß für die Belegschaften bei der Urabstimmung richtunggebend sein. Mit einem Appell an die Einigkeit der Berliner Metallarbeiter in diesem schweren Abwehrkampf schloß Ulrich unter dem donnernden Beifall der Versammlung seine Ausführungen.

Die Abstimmung ergab dann die einstimmige Ablehnung des Lohnabbauschiedspruches des Sonder-schlichters Dr. Böckers.

Der Reichstag in Erwartung. Rassenandrang von Reugierigen.

Mit ungeheurer Spannung erwartet die Bevölkerung den Beginn der Verhandlungen des neugewählten Reichstags. Schon vor 6 Uhr morgens hatten sich vor Portal V die ersten Besucher eingefunden, einige waren mit Klappstühlen erschienen, um sich die Wartezeit bis zum Nachmittag zu erleichtern. Die den Fraktionen des Hauses zur Verfügung stehenden Karren für die Tribünen sind, wie man sich vorstellen kann, schon seit langer Zeit vergriffen. Trotzdem kommen in die Fraktionsbüros ununterbrochen telefonische, schriftliche und mündliche Anfragen, ob nicht doch noch eine Teilnahme an der ersten Sitzung des Reichstags möglich sei. In der Wartehalle des Nordeingangs sind seit dem frühen Morgen Hunderte von Personen versammelt, die „ihren“ Abgeordneten sprechen wollen; sie hoffen, durch einen glücklichen Zufall doch noch eine Einlasskarte zu erhalten. Außerhalb des Hauses sind dichte Menschenmassen versammelt, die die Ankunft der Abgeordneten und der Regierungsmitglieder abwarten wollen. Die Schutzpolizei sorgt dafür, daß die Eingänge frei bleiben, für die Reugierigen sind die Wege in den Tiergartenanlagen referiert.

Im Hause selbst herrscht nervöse Spannung.

Die neu gewählten Abgeordneten beschäftigen die für sie bestimmten Einrichtungen, sie suchen ihr Arbeitszimmer und stellen den für sie bestimmten Platz im Sitzungssaal fest. Ungewohnt wirkt es, daß nur die vorderen Stühreihen Plätze haben, die mit den Druckfächer belegt werden können. Die Mehrzahl der Abgeordneten findet das Material in kleinen Kästchen vor, die an der Stuhllehne des Vordermannes angebracht sind. Bisher konnten manche Abgeordnete ihre Arbeiten im Sitzungssaal erledigen, das ist der Mehrzahl von ihnen jetzt unmöglich gemacht, und da auch die Arbeitsmöglichkeiten in den eigentlichen Abgeordnetenzimmern noch geringer sind als bisher, so wird die parlamentarische Schwierigkeit noch größer werden.

Es ist anzunehmen, daß die Erwartungen der Öffentlichkeit auf besondere Sensationen nicht in Erfüllung gehen werden.

Aus dem Inhalt:

Forderung des ADGB.-Ausschusses . . .	Seite 2
Der 500-Millionen-Kredit vereinbart . . .	Seite 2
Die sozialdemokratische Kampf-demonstration im Lustgarten . . .	Seite 3
Sozialdemokratische Lehrertagung . . .	Seite 4
Beitlertrist in Indien	Seite 5
Arbeiter-Schwimmfest in Schöneberg . .	Seite 7

Einige Hafenkreuzer haben zwar ihr braunes Hemd angezogen, das sie aber erst zeigen, nachdem sie den Mantel in der Garberode abgelegt haben. Es ist aber immerhin möglich, daß die Nationalsozialisten und die Kommunisten auf der anderen Seite die Eröffnungsfeier zu irgend welchen Demonstrationen benutzen werden. Da aber nach alten Erfahrungen vorausgesagte Sensationen nicht einzutreffen pflegen, so können auch heute die Dinge anders laufen, als man es in gewissen Kreisen wünscht.

Der Alterspräsident Harold vom Zentrum hat sich rechtzeitig im Hause eingefunden, der 82jährige Herr scheint anzunehmen, daß seine vorübergehende Amtstätigkeit ohne Schwierigkeiten erledigt werden kann. Heute wird nur der Namensaufruf der Abgeordneten erfolgen, danach will sich das Haus bis zum Mittwoch vertagen. Die vom bisherigen Reichstagspräsidenten Lohse zusammenberufenen Parteiführer sind heute übereinkommen, daß der Dienstag sitzungsfrei bleiben soll, damit die Parteien Zeit für Verhandlungen über die Präsidentenwahl gewinnen. Mittwoch, 15 Uhr, sollen dann diese Wahlen vorgenommen werden.

Es ist weiter in Aussicht genommen worden, in der Sitzung am Donnerstag das Fondsgelei (Kreditermächtigung und Schulden-tilgung) in erster Lesung zu beraten. Voraussichtlich wird es dann zu

